

WOCHENRÜCKBLICK



407 Milliarden ins Ausland verschenkt

"Es ist nicht zu fassen: Deutschland hat in den letzten Jahren fast einen kompletten Bundeshaushalt, also die gesamten staatlichen Ausgaben eines Jahres, als sogenannte Entwicklungshilfe ins Ausland verfrachtet. Während in unserem Land stets und ständig gespart werden soll, staatliche Leistungen gekürzt und Steuern und Abgaben erhöht werden, die Infrastruktur marode ist, Rentner nicht selten unter Armut leiden, haben die Regierenden entschieden, hunderte Milliarden Steuergeld ins Ausland zu transferieren, ohne dass daraus ein erkennbarer Nutzen entsteht. Es treibt jedem die Tränen in die Augen, der sich vorstellt, dass mit diesem Geld alle Brücken, Straßen, Schulen und das Schienennetz problemlos hätten saniert werden können und wir eine Vielzahl der Probleme, die wir heute haben, nicht im Ansatz hätten."



Aktuelle Videos



Vermittlungsausschuss



**STEPHAN
BRÄUNINGER**

Am Rande des Plenums



**STEPHAN
BRÄUNINGER**

Fachdialog: Briefwahl unter Verdacht



STEPHAN
BRAUNER

Infostand in Gera



STEPHAN
BRAUER

Demonstration gegen neue Windkraftwerke



STEPHAN
BRÄUNINGER

Sommerfest in Kirchberg/Auftakt Bürgermeisterwahlkampf



**STEPHAN
BRAU**

Herbstfest im KV Zwickau



**STEPHAN
BRAUNER**

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch, 23. September 2026

Der Bundestag hat am Mittwoch, 23. September 2026, zu Beginn der Plenarsitzung gut 20 Minuten lang zur Geschäftsordnung debattiert. Hintergrund war, dass zwischen den Fraktionen kein Einvernehmen über die Tagesordnung der Sitzungswoche hergestellt werden konnte. Konkret handelte es sich um die Aufsetzung des Gesetzentwurfs des Bundesrates „zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)“ auf die Tagesordnung. Der Gesetzentwurf fordert die Einfügung des Merkmals der sexuellen Identität in das Grundgesetz. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte einen Antrag auf Aufsetzung des Gesetzentwurfs gemäß § 20 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des Bundestages gestellt. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD abgelehnt. AfD und Linke stimmten gemeinsam mit den Grünen für die Aufsetzung. Für die AfD-Fraktion attestierte Dr. Bernd Baumann der CDU „Doppelzüngigkeit“. Die Union stehe vor dem Dilemma, dass die eigenen Länderchefs einer „queeren Verfassungsänderung“ zugestimmt hätten, der man sich im Bundestag nun nicht anschließen wolle. Die Union werde von linken Ideologien und einem „woken Weltbild“ getrieben, so der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD.

Zu einem Schlagabtausch über politische Einstellungen in der Partei Die Linke wurde eine auf Verlangen der AfD-Fraktion angesetzte Aktuelle Stunde am Mittwoch. Sie trug den Titel „Fälle von Antisemitismus, Polizeifeindlichkeit sowie Nähe zu Islamisten, Linksextremisten und Clans bei den Linken Berlin – Jüngste Entwicklungen in den Blick nehmen“. Dabei bekam nicht nur Die Linke viel Kritik aus den anderen Fraktionen zu hören, mehrere Redner sprachen auch der AfD die Legitimation ab, anderen Antisemitismus vorzuwerfen. Dr. Gottfried Curio (AfD) verwies auf Aussagen im Wahlprogramm der Linken zur Einschränkung der Sicherheitsbehörden und merkte an, „dass offenbar die Täternähe der Partei bei Ihren Forderungen die Feder geführt hat“. SPD und Grünen warf Curio vor, für eine polizeifeindliche Politik „gerne als Steigbügelhalter zu fungieren“. Weiter führte Curio aus, über fünfzig Prozent der muslimischen Wähler hätten in Berlin Die Linke gewählt, „die erste klar ethnische Wahl in Deutschland“. Gewählt worden sei dabei „der dezidierte Antisemitismus der Partei“. Beatrix von Storch (AfD) sekundierte: „Noch nie seit dem Krieg hat eine Partei den Hass auf Juden zur Wählermobilisierung eingesetzt so wie die Linke in Berlin.“

Dass sich allerdings die AfD „hier zum Ankläger des Antisemitismus aufschwingt, ist ein politischer Treppenwitz“, erklärte Dr. Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen). Sie wie auch Redner von SPD und vor allem Linken hielten der AfD vor, den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Den Antisemitismus-Vorwurf aus den Reihen der AfD nannte Dr. Gregor Gysi (Die Linke) „eine Frechheit“, und „dass die CDU mitmacht“, sei „auch mehr als absurd“. Bundeskanzler Merz habe gesagt, Antisemitismus sei die perfideste Form der Ausländerfeindlichkeit, und damit die deutschen Jüdinnen und Juden zu Ausländern erklärt.

Der Bundestag hat erstmals über den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion „zur Einführung des Tarifs auf Rädern zur automatischen Anpassung des Steuerrechts an die kalte Progression“ beraten. Als kalte Progression werden Steuermehreinnahmen bezeichnet, die entstehen, wenn Einkommenserhöhungen die Inflation ausgleichen. In solchen Fällen bleiben die Realeinkommen unverändert, aber es kommt infolge des progressiven Einkommensteuertarifs trotzdem zu einem Anstieg der Steuerbelastung. Nach Angaben der AfD-Fraktion gibt es keinen Automatismus zur Anpassung von Steuertarif, Freibeträgen, Freigrenzen, Pausch- und Höchstbeträgen im Einkommensteuergesetz, um die Folgen der kalten Progression auszugleichen. Außerdem kritisiert die AfD-Fraktion: „Die weiteren Anpassungen von Freibeträgen, Freigrenzen, Pausch- und Höchstbeträgen passieren praktisch willkürlich und oftmals ohne erkennbaren Bezug zur Inflation.“ So sei der Werbungskostenpauschbetrag bei den sonstigen Einkünften wie Renten in Höhe von 102 Euro seit 1955 nicht mehr angepasst worden. Als Lösung stellt sich die AfD-Fraktion einen Automatismus für die notwendigen jährlichen Anpassungen der Tarifeckwerte, Freibeträge, Freigrenzen, Pausch- und Höchstbeträge im Einkommensteuergesetz an die Inflation vor. Mit einer normierten Tarifformel sollen die Tarifeckwerte des Einkommensteuergesetzes jährlich automatisch an die Inflation angepasst werden. Zusätzlich soll eine jährliche automatische Anpassung aller Freigrenzen, Freibeträge, Pausch- und Höchstbeträge an die Inflation erfolgen.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag, 24. September 2026

Die Pläne der Bundesregierung zur Reform des Nachrichtendienstrechts in Deutschland stießen bei der Opposition im Bundestag auf massive Ablehnung. Auch Kanzleramtsministerin Nina Warken (CDU) und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) warben mit Nachdruck für die angestrebten Neuregelungen. Mit dem Gesetzentwurf sollen die Aufklärungsfähigkeiten des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) laut Vorlage „umfassend überarbeitet und gestärkt werden“. Gottfried Curio (AfD) warf der Regierungskoalition vor, sie wolle mit der Reform „den Staat als Straftäter straffrei stellen“. So solle der Verfassungsschutz künftig heimlich Wohnungen aufbrechen und das Geschehen in privaten Räumen überwachen sowie in Laptops und Handys eindringen und eingreifen, sagte Curio und sprach von einem „Gift des Spitzelstaats“. Dabei werde die Grenze zwischen verdeckter geheimdienstlicher Aufklärung und operativem polizeilichem Eingriff zur Gefahrenabwehr niedergerissen. Man brauche aber keine „Geheimpolizei“. „Nach Gestapo und Stasi“ plane die Bundesregierung, die Grundrechtsverletzungen zu systematisieren: „Manipulieren, sabotieren, täuschen – mit diesen Zersetzungsmaßnahmen wird der Verfassungsschutz zur Stasi 2.0 umgebaut.“

Der Bundestag hat am Donnerstag die Forderung der AfD-Fraktion nach Beendigung aller deutschen Klimaschutzmaßnahmen abgewiesen. Ihr Antrag war mit der Mehrheit von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Zustimmung durch die AfD abgelehnt worden. Darin hatte die Fraktion darauf gedrungen, „aus Anlass der aktuellen Energiekrise“ alle Gesetze und Verordnungen „oder Teile“ daraus aufzuheben, aus denen sich „Anforderungen und Verpflichtungen mit Bezug auf den ‚Klimaschutz‘ ergeben“. Karsten Hilse (AfD) sagte, die Menschen in Deutschland würden unter der Energiepolitik der Bundesregierung ächzen. Mit einer „Energiewende ins Elend und in die Armut“ müsse Schluss sein, forderte der AfD-Abgeordnete. „Die sogenannte Energiewende fußt auf der These, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen Haupttreiber für den derzeitigen natürlichen Klimawandel seien, wofür es nach wie vor keinen einzigen wissenschaftlichen Beweis gibt“, sagte Hilse. Vielmehr bewege sich der „natürliche Klimawandel“ innerhalb der Schwankungsbreiten der letzten 10.000 Jahre, wofür es wiederum wissenschaftliche Beweise gebe. Es werde Zeit, dass Deutschland und die EU „dem Rest der Welt folgen und diesen Betrug beenden“. Die AfD werde, „sobald wir in Regierungsverantwortung sind“, jegliche CO₂-Bepreisung streichen, wodurch die Produktionskosten für Strom, aber auch die Kosten für Treibstoffe sinken würden.

Der Bundestag hat erstmals über einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Sozialleistungsmissbrauch stoppen – Lücken im Aktionsplan der Bundesregierung schließen“ debattiert. „Anstatt zwanzig Jahre nach Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (‘Hartz IV’) die gesetzlichen Rahmenbedingungen endlich anzupassen und dem Missbrauch mit der gebotenen Konsequenz zu begegnen, beschränkt sich die Bundesregierung auf einen ‘Aktionsplan gegen Sozialleistungsmissbrauch und Ausbeutung, insbesondere im Zusammenhang mit EU-Zuwanderung’. Der Plan erschöpft sich in Ankündigungen und unverbindlichen Prüfaufträgen.“ Sie fordern von der Bundesregierung deshalb unter anderem einen grundsätzlichen Ausschluss von Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch sowie dem Asylbewerberleistungsgesetz, wenn nationale Haftbefehle zur Sicherung der Untersuchungshaft oder zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe vorliegen sowie bei einer von der Justiz festgestellten Entziehung vom staatlichen Zugriff. Gemeinsam mit den Ländern müsse zudem ein bundeseinheitliches, vollautomatisiertes elektronisches „Justiz-Sozial-Meldeverfahren“ eingeführt werden.

Der Bundestag hat am Donnerstag in einer 20-minütigen Vereinbarung Debatte an den 65. Jahrestag des Mauerbaus in Berlin am 13. August erinnert. Das Thema der Debatte lautete „65 Jahre Mauerbau: Verantwortung für die Gegenwart – Mahnung für die Zukunft“. Nach Ansicht von Dr. Götz Frömming (AfD) stehe die SED in Berlin „kurz vor der Machtübernahme“. Das Parteiprogramm der Partei Die Linke sei ebenso wie der ehemalige SED-Staat ein „Gegenmodell zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur Marktwirtschaft“. 65 Jahre nach dem Mauerbau sei Deutschland nun durch eine „sogenannte Brandmauer“ geteilt. Dies zeige auch ein Blick auf die Deutschlandkarte und das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Demnach sei das Land entlang der früheren Grenze noch immer geteilt.

Der Bundestag hat in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Änderung des Fahrlehrergesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Gesetze“ debattiert. Im Anschluss an die 20-minütige Aussprache wurde der Gesetzentwurf gemeinsam mit einem Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Führerschein für 1 Euro – Bezahlbarer Führerschein für Ausbildung und Arbeit“ zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Die Fahrschulausbildung soll entbürokratisiert, modernisiert und zukunftsfähig gestaltet werden. Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag von der Bundesregierung Maßnahmen, um die Kosten für den Erwerb des Führerscheins deutlich zu senken. Im europäischen Vergleich liege Deutschland bei den Führerscheinkosten an der Spitze, heißt es im Antrag der Fraktion.



STEPHAN
BRÄUNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag 25. September 2026

Der Bundestag hat am Freitag in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Frühstartrente debattiert. Iris Nieland (AfD) nannte es durchaus richtig, frühzeitig einen Kapitalstock für die Altersvorsorge aufzubauen. Nach zwölf Jahren habe der Bund den Kindern 1.440 Euro in der Frühstartrente gegeben. Zins und Zinseszins könnten über die Jahrzehnte Erstaunliches leisten. Aber dafür sei der Sockelbetrag von zehn Euro völlig unzureichend, es sei denn, es werde mit Rekordzinsen gerechnet oder die Eltern würden gigantische Zuzahlungen leisten. Die AfD setze sich für wesentlich höhere Beträge ein.

Der Bundestag hat nach 15-minütiger Aussprache den Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat zum Gesetz über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher (Schuldnerberatungsdienstegesetz) angenommen. Für den Einigungsvorschlag stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, dagegen die Oppositionsfraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede vor dem Bundestag Folgendes dazu: „Die EU-Richtlinie – da waren wir uns alle einig – ist völlig überflüssig. In Deutschland ist die Rechtslage schon jetzt viel besser als dort beschrieben. Jetzt kann man sagen: Gut, Richtlinien muss man umsetzen. – Aber Sie haben ja in der Europäischen Union das Sagen. Warum verhindern Sie denn nicht so einen Unsinn, solche Richtlinien umzusetzen, die Deutschland nur dazu zwingen, irgendwas zu machen, was gar nicht gemacht werden muss, und die interessanterweise am Ende dazu führen, dass wir jetzt auch noch eine Strafe in Höhe von zig Millionen Euro zahlen müssen? Das muss man sich vorstellen: Ein Vertragsverletzungsverfahren droht. Warum? Weil wir zu spät eine Richtlinie umsetzen, die in Deutschland gar nicht umzusetzen ist, weil in Deutschland schon alles viel besser ist. Und dann muss man sich noch anschauen: Diese Millionenstrafen, die uns drohen, berechnen sich nach einem komplizierten Schlüssel. Tatsächlich berechnen sie sich unter anderem nach den Beiträgen, die ein Land an die Europäische Union zahlt. Wir zahlen schon die höchsten Beiträge, und weil wir das tun, zahlen wir am Ende auch noch höhere Strafen an die Europäische Union, weil wir eine Richtlinie zu spät umsetzen, die es überhaupt nicht braucht. Das ist Ihre Politik zulasten der deutschen Bürger. Es ist erbärmlich, was Sie da abgeliefert haben. Anders kann man auch nicht darstellen, wie übergriffig und auch überflüssig diese Europäische Union ist, die sich in internes Recht von Staaten einmischt, obwohl die Staaten schon viel besser aufgestellt sind. Das Ganze führt jetzt zu Chaos, zu Mehrkosten bei den Kommunen, zu Millionenstrafen für die Bundesrepublik Deutschland.“

Der Bundestag hat erstmals einen Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Das Solidarprinzip stärken“ beraten. Echte Solidarität, so Robert Teske (AfD), setze ein Mindestmaß an kultureller Nähe, positiver Identität und Vertrauen voraus. „Sie setzt vor allem die Vorstellung davon voraus, wer zu dieser Gemeinschaft gehört.“ Clan-Mitglieder gehörten nicht dazu, betonte Teske. „Unser Solidarwesen kann nur solidarisch sein, wenn es weiß, für wen es Verantwortung übernommen hat und welche Pflichten sich daraus ergeben“, sagte der AfD-Abgeordnete. Wer diese Frage nicht stellt, zerstöre alles, was er zu schützen gedenkt. Man dürfe den Sozialstaat nicht nur sozial denken. „Wir müssen ihn auch patriotisch denken“, sagte Teske. Wer für die gesamte Welt verantwortlich sein will, sei am Ende des Tages für niemanden verantwortlich.

Der Bundestag hat nach halbstündiger Aussprache den Tankrabbat für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2026 beschlossen. Damit sinkt die Energiesteuer auf Benzin und Diesel um 14,04 Cent pro Liter. Zusammen mit der daraus resultierenden Senkung der Mehrwertsteuer ergibt sich ab 1. Oktober eine Brutto-Ersparnis für Tankende von rund 17 Cent pro Liter.

In einer Aktuellen Stunde am Freitag hat sich der Bundestag mit der Künstlichen Intelligenz (KI) und der Frage ihrer Regulierung befasst. Die Debatte mit dem Titel „Sicherheit und Kontrolle von KI-Systemen gewährleisten – Staatliche Schutzverantwortung ernst nehmen“ wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangt. Bei der KI gebe es Risiken, räumte Ruben Rupp (AfD) ein. Das größte Risiko für Deutschland sei aber, „dass wir bei der wichtigsten Technologie unserer Zeit vollkommen abgehängt wurden“. Die leistungsfähigsten KI-Modelle und die großen Cloud-Plattformen kämen nicht aus Deutschland, „ganz zu schweigen von notwendiger Rechenleistung“. Während andere, in den USA oder in China, die technologische Zukunft bauen, diskutiere man in Deutschland über Regulierung und Verbote. „Und das, obwohl wir in ganz Europa noch kein vergleichbar leistungsfähiges KI-Frontier-Modell haben.“ Das sei völlig absurd.

„Sie wollen vom Katzentisch aus Weltmächten wie den USA und China die Bedingungen für KI diktieren“, sagte er an die Grünen gewandt. So laufe das aber nicht, urteilte Rupp. Entweder man steige in den Wettbewerb für die besten KI-Lösungen ein, oder man steige in einen absurden Wettbewerb der Überregulierung ein, „bei dem wir uns unsere eigene Digitalwirtschaft in Europa abwürgen“.



STEPHAN
BRANDNER

Einladung zum Kommunalforum 2

KOMMUNALFORUM 2
DER AfD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

BÜRGERRECHTE - BRANDMAUER - BLOCKADE

**FREITAG
16. OKTOBER 2026**

**SAMSTAG
17. OKTOBER 2026**

HIER ANMELDEN

**STEPHAN
BRANDNER**

**CAROLIN
BACHMANN**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die AfD-Bundestagsfraktion lädt Sie herzlich zum KOMMUNALforum2 nach Berlin ein. Seit unserem ersten KOMMUNALforum 2025 hat sich der Druck auf die Kommunen weiter erhöht: politisch, rechtlich und finanziell. Unter den Leitthemen »Bürgerrechte«, »Brandmauer« und »Blockade« beleuchten Politiker aller Ebenen – von der Kommune bis zur Europäischen Union – auf dem KOMMUNALforum2 gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Praxis und Medien den Zustand der Grundrechte in Deutschland und benennen zentrale Handlungsfelder der deutschen Kommunalpolitik.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung stehen aktuelle Herausforderungen der sogenannten Brandmauer und die Blockade von AfD-Kandidaten durch den Entzug des passiven Wahlrechts. Was vor Kurzem noch undenkbar war, geschieht jetzt: Lokale und regionale Wahlausschüsse lehnen auf Anregung von Landesinnen-ministerien und nach Zuarbeit durch die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz unbescholtene Kandidaten der AfD ab; Gerichte bieten keinen vorläufigen Rechtsschutz und lehnen Eilanträge ab.

Neben Grundrechtsthemen mit hochkarätigen Vorträgen und Podiumsdiskussionen bieten 15 Arbeitsforen zu allen Bereichen der Kommunalpolitik Raum für vertiefende Debatten und den Austausch mit Fachpolitikern der AfD-Bundestagsfraktion sowie mit Experten auf den jeweiligen kommunalpolitischen Gebieten. Zusammen wollen wir die vielfältigen Fragestellungen der Kommunen diskutieren und tragfähige Konzepte und Strategien entwickeln.

Zu den Gästen gehören unter anderem Prof. Dr. Max Otte, Professor für Wirtschafts- und Politikwissenschaft, Bestsellerautor und Bundespräsidentenskandidat der AfD im Jahr 2022; Dr. Susanne Fürst, Klubobmann-Stellvertreterin des Freiheitlichen Parlamentsklubs (FPÖ); Antje Hermenau, ehemalige Bundestagsabgeordnete (1994–2004) und ehemalige Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag (2004–2014); Dr. Kristin Brinker, Landesvorsitzende der AfD Berlin und Vorsitzende der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin; Robert Sesselmann (AfD), Landrat im Landkreis Sonneberg; Matthias Berger (Freie Wähler), ehemaliger Oberbürgermeister von Grimma und heute Mitglied des Sächsischen Landtags; Thomas Thumm (AfD), Mitglied des Sächsischen Landtags und Vorsitzender der Enquete-Kommission »Kommunale Haushalte« im Sächsischen Landtag; Prof. Dr. Stefan Köfner, Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Immobilien- und Bauwirtschaft an der Hochschule Zittau/Görlitz sowie zahlreiche Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien.



**STEPHAN
BRANDNER**

Mit René Aust in Arnstadt

EU, BUND, LAND

28.10.2026, 18:00 UHR

Stephan BRANDNER
MdB

René AUST
MdEP

Olaf KIESSLING
MdL

MUSIKKELLER MATADOR
BRAUHAUSSTRASSE 1-3
ARNSTADT


ESN
EUROPA DER
SOLVERANEN
NATIONEN



**STEPHAN
BRANDNER**

Tag der Deutschen Einheit in Bremen

TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT BREMEN



**STEPHAN
BRANDNER**
3. OKTOBER

13:30



**KOMMUNIKATIONSFORUM
DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**



**STEPHAN
BRANDNER**

Mit René Aust in Arnstadt

SKATABEND

— MIT STEPHAN BRANDNER —



17. NOVEMBER 2026 |



17:00 UHR

AfD



GERA



ANMELDUNG:

Stephan.brandner.ma02@bundestag.de

Erstellt mit Hilfe von KI



**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da!

Ihre Stimme.
Unser
Einsatz.

Ihre Ansprechpartner vor Ort – kompetent, erreichbar, für Sie im Einsatz.

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera

Tel.: 03 65 – 20 42 41 30

Fax: 03 65 – 22 69 12 50

kontakt@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Mo.–Do. 10–17 Uhr
und jeden 2. Samstag 10–13 Uhr



Wahlkreisbüro Meuschwitz

Bebelstraße 21,
04610 Meuschwitz

meuschwitz@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Di. 10–17 Uhr



Wahlkreisbüro Gößnitz

Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz

Tel.: 03 44 93 – 25 95 13

goessnitz@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. und Fr. 10–17 Uhr



Wahlkreisbüro Weida

Platz der Freiheit 9,
07570 Weida

weida@brandner-im-bundestag.de

Geöffnet: Do. 10–17 Uhr
und jeden 1. Samstag im Monat: 8–11 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz



www.facebook.com/stBrandner



www.instagram.com/stephanbrandner



www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd



t.me/StephanBrandnerMdB



www.tiktok.com/@brandner_afd



https://twitter.com/BrandnerSt